2016-04-04

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 02.03.2016

Sitzungsbeginn:	**16:00 Uhr**	
Sitzungsende:	**17:55 Uhr**	
Sitzungsort:	**Ratssaal des Rathauses Dessau**	
Leitung der Sitzung:	Herr Lothar Ehm	Stadtratsvorsitzender
	Herr Frank Hoffmann	1. Stellvertreter
	Frau Angelika Storz	2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 40**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Mau, Hans-Joachim entschuldigt

Fraktion der SPD

Perl, Gabriele entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Busch, Thomas entschuldigt
Meier, Klaus entschuldigt
Weber, Hendrik entschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Grünthal, Martin entschuldigt
Otto, Hans-Georg entschuldigt
Trocha, Harald entschuldigt

Fraktion der AfD

Mrosek, Andreas entschuldigt

Mitglied der NPD

Grey, Thomas entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die 14. Sitzung des Stadtrates, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 39 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt (39:00:00).

3 Verleihung der Stadtplakette der Stadt Dessau-Roßlau

Nach der Eröffnung des Tagesordnungspunktes übergab **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates,** das Wort an **Herrn Oberbürgermeister Kuras.**

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf den Beschluss des Haupt- und Personalausschusses am 17.02.2016 zur Ehrung zweier Vereine mit der Stadtplakette der Stadt Dessau-Roßlau, den es heute umzusetzen gilt.

Der **Förderverein der Schifferstadt Roßlau e.V.** gründete sich am 06.02.2009 mit dem vorrangigen Vereinsziel, das jährlich stattfindende Heimat- und Schifferfest zu organisieren und durchzuführen. Bis dahin lag das Fest in der organisatorischen Verantwortung des städtischen Kulturamtes.

Im Jubiläumsjahr 2015 hat sich der Verein in besonderem Maße um das kulturelle Leben in Roßlau verdient gemacht und damit unter Beweis gestellt, was ehrenamtliches Engagement bewirken kann. Die unter Federführung des Vereins organisierte Netzwerkarbeit im „Stammtisch der Vereine“ ist dabei besonders hervorzuheben.

Darüber hinaus zeichnet der Verein seit 2011 für das monatlich erscheinende Vereinsblatt „mein Roßlau“ verantwortlich.

Das Schifferfest 2015 war ein herausragendes Fest im Jubiläumsjahr dieser Stadt.

Der **Verein zur Förderung der Stadtkultur Dessau e.V.** gründete sich im Jahr 2003. Der Verein griff den Wunsch der Dessauer Bevölkerung nach einem identifikationsstiftenden und auf die Tradition der Stadt und Region Anhalt zurückgreifendes Fest auf. Seit 2004 findet alljährlich am ersten Juli-Wochenende das Leopoldfest statt.

Mit herausragendem ehrenamtlichem Engagement gestaltete der Verein maßgeblich das große Stadtfest anlässlich des 800-jährigen Jubiläums von Dessau durch zahlreiche Programmhöhepunkte mit.

Das Engagement des Vereins zur Förderung der Stadtkultur e.V. reicht weit über die Organisation des Leopoldfestes hinaus. Um die in Dessau einmaligen Schloss- und Parkanlagen in den Fokus zu rücken und neuen Besuchergruppen zu erschließen,

finden seit Oktober 2013 im Schloss Mosigkau vom Verein organisierte nächtliche Führungen, begleitet von einem umfangreichen Rahmenprogramm, bestehend aus Tänzen und Musik des Rokoko, statt.

Beide Vereine sind auch Ansprechpartner, Ideengeber und verlässliche Partner bei der Mitgestaltung von Projekten in der Stadt Dessau-Roßlau. Das belegt unter anderem die Mitwirkung im Netzwerk „Gelebte Demokratie in Dessau-Roßlau“. Als Kulturbotschafter der Stadt Dessau-Roßlau traten die Vereine bei diversen Veranstaltungen außerhalb der Stadtgrenzen auf. Beispielhaft sei an dieser Stelle die Teilnahme an verschiedenen Sachsen-Anhalt-Tagen erwähnt.

Die Vereine leisten mit ihren Aktivitäten einen wirksamen Beitrag zur kulturellen Daseinsvorsorge. Die Vernetzung vorhandener städtischer Potenziale im Sinne erfolgreicher Feste zeichnet die Vereine in hervorragender Weise aus.

Die enge Zusammenarbeit in Form von Kooperationen mit Sponsoren, Förderern und der Stadt Dessau-Roßlau bei beiden Festen sorgen alljährlich für eine gesicherte Finanzierung der Feste, was Respekt und Anerkennung verdient. Die von beiden Vereinen durchgeführten Stadtfeste sind von identitätsstiftender Bedeutung und darüber hinaus als Wirtschaftsfaktor anerkannt.

Sowohl der Verein zur Förderung der Stadtkultur Dessau als auch der Förderverein der Schifferstadt Roßlau e.V. haben mit ihrem Wirken wesentlich zur Entwicklung der Kulturlandschaft in der Stadt Dessau-Roßlau beigetragen und zeichnen sich durch ein beispielhaftes Wirken für die Gesellschaft, nicht nur in kultureller, sondern auch in sozialer Weise, aus.

Unter Würdigung des bisher Gesagten hat der Haupt- und Personalausschuss auf Vorschlag des Oberbürgermeisters einstimmig beschlossen, beide Vereine mit der Stadtplakette der Stadt Dessau-Roßlau auszuzeichnen.

Herr Oberbürgermeister Kuras bat die Vertreter beider Vereine zur Verleihung der Stadtplakette (sowie zur Überreichung des Staffelstabes aus der Partnerstadt Roudnice an den Förderverein der Schifferstadt Roßlau e.V.) nach vorn.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** beglückwünschte die anwesenden Vereinsmitglieder und merkte an, dass diese Auszeichnung eine Anregung für die weitere Arbeit sein soll. Des Weiteren bat er darum, den Dank an alle Vereinsmitglieder und Sponsoren weiterzugeben.

4 Genehmigung der Niederschrift vom 27.01.2016

Die Niederschrift wurde genehmigt (40:00:01).

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte aufgrund eines Beitrages in der Mitteldeutschen Zeitung an, dass die heutige kurze Tagesordnung nicht mit der Einarbeitungszeit der neuen Beigeordneten im Zusammenhang steht.

Rückblickend verwies er zunächst darauf, dass der Februar bis zum alljährlichen Aschermittwoch noch von der fünften Jahreszeit geprägt war, die mit dem großen Karnevalsumzug am 7. Februar offiziell endete. Das hielt einige Unentwegte dennoch nicht davon ab, noch am Samstag, dem 13. Februar 2016 das 8. Sachsen-Anhaltische Prinzentreffen im Ratssaal abzuhalten.

Fast zeitgleich zum Karnevalsumzug, der unter dem Motto stand: "Dessau hat was zu bieten", hatte der Internet-Reiseführer „Wikivoyage“ unsere Stadt zum Reiseziel des Monats Februar auserkoren. Zwei Monate zuvor war das die altägyptische Tempelstadt Luxor.

<u>Aktueller Arbeitsstand</u>

Stadtmarketinggesellschaft: Das Verfahren zur Besetzung der Stelle des Geschäftsführers ist noch nicht abgeschlossen. Nach der Entscheidung der Gremien werden der Stadtrat und die Öffentlichkeit informiert.

Südschwimmhalle: Die für den Ersatzneubau der Schwimmhalle erforderlichen Fäll- und Rodungsarbeiten auf dem ehemaligen Molkereigelände in der Ludwigshafener Straße wurden im Februar durchgeführt. Baustart wird voraussichtlich im Mai sein. Derzeit laufen fünf Vergabeverfahren.

Landesgartenschau 2022: Nach der Durchführung eines Vergabeverfahrens wurde zwischenzeitlich eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Die Stadtverwaltung bereitet eine Informationsveranstaltung für die Öffentlichkeit vor, welche voraussichtlich im März stattfinden wird.

Breitbandausbau: Die im Verfahren geforderte Marktkonsultation läuft noch bis zum 19. März 2016. Bisher haben vier Interessenten Ausbauplanungen bekundet Die Fertigstellung der Machbarkeitsstudie soll Ende April erfolgen. Das erste Statusmeeting war am 19. Februar 2016 mit Informationen zum aktuellen Bearbeitungsstand der Machbarkeitsstudie. Das zweite Statusmeeting ist für den 23. März 2016 geplant. Dort sollen erste Ergebnisse zur Netzwerkplanung bekanntgegeben werden.

Stadtbezirksbeiräte: Die konstituierenden Sitzungen haben stattgefunden und die Beiräte können nunmehr ihre Arbeit aufnehmen.

Putzaktion „Stolpersteine“: Wie im vergangenen Jahr wird wieder mit einer ungewöhnlichen Aktion das Gedenken zum Jahrestag der Bombardierung Dessaus am 7. März vorbereitet. Das Gedenken wird von rechten Kameradschaften regelmäßig auch für Kundgebungen missbraucht. Es soll ein Zeichen gegen Rassismus und politische Willkür gesetzt werden. Wer teilnehmen möchte, kann sich auf der Internetsei-

te der Stadt (www.dessau-rosslau.de) über die Modalitäten informieren.

Facebook: Die Pressestelle der Stadtverwaltung hat vor wenigen Tagen mit einer Facebook-Seite die Präsenz in den sozialen Medien vollzogen. Zeitgleich wurde die Seite des Oberbürgermeisters, welche aus dem Wahlkampf mitgenommen wurde, öffentlich eingestellt. Der weitere Ausbau der Präsenz der Stadtverwaltung in den sozialen Medien ist wünschenswert und wird von der Verwaltung weiter vorangetrieben.

Flüchtlingssituation: Erstmals seit Weihnachten hat die Stadt ab der zweiten Februar-Woche wieder Flüchtlinge aufgenommen (im Februar 92 Flüchtline, im März – mit heutigem Datum - 30 Flüchtlinge). Insgesamt liegt damit die Zahl der Flüchtlinge in Dessau-Roßlau bei 1.121. Alle wurden weiterhin dezentral in Wohnungen untergebracht. Die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik werden weiterhin in der zweiwöchentlich tagenden Arbeitsrunde "Asyl" mit der Koordinierungsgruppe im Rathaus erörtert. Er dankte den beteiligten Ämtern und Institutionen für die konstruktive Arbeit in diesem Gremium, dessen Leitung er sich mit dem Beigeordneten für Soziales, Bildung und Gesundheit, Herrn Krause, teilt. Das Jobcenter wird nach den aktuellen Änderungen des Bundesrechts noch stärker eingebunden werden. Im gesamten Stadtgebiet befinden sich 27 unbegleitete minderjährige ausländische Jugendliche in der Betreuung des Jugendamtes. 13 davon sind in der Unterkunft Waldstraße untergebracht und werden durch den von der Verwaltung beauftragten Träger “St. Johannis“ betreut. Unter ihnen befinden sich auch fünf Jugendliche, die dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld betreuungsmäßig zugeordnet sind. Die Mehrzahl der vom Jugendamt Dessau- Roßlau betreuten Jugendlichen lebt jedoch in Familien im Stadtgebiet.

Wirtschaft: Positive Nachrichten aus der Wirtschaft kommen u. a. vom **Industriehafen Roßlau**, der trotz anhaltenden Niedrigwassers auf der Elbe 2015 eine 15-prozentige Steigerung des Schiffsgüterumschlages erzielen konnte. 64 Schiffe mit knapp 45.000 Tonnen konnten abgefertigt werden. Der Güterumschlag insgesamt ging mit knapp 430.000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozent zurück. Zu den Hauptgütern zählten Getreide, Stahlbleche, Stammholz und Wasserbausteine. Mit der Verstärkung der Containerumschläge soll das Volumen wieder erhöht werden, was wohl erst möglich sein wird, wenn der geplante Umbau und die Sanierung der Hafenanlage in Angriff genommen werden.

Am vergangenen Wochenende fand die **16. Roßlauer Handwerkermesse** statt. Mit fast 2.000 Besuchern und mehr als 40 Ausstellern war es wieder eine erfolgreiche Veranstaltung rund um die Themen Haus und Garten. Den Veranstaltern als auch den Ausstellern gebührt deshalb der Dank. Auch die Wirtschaftsförderer waren mit Informationen zur Existenzgründerqualifizierung vor Ort präsent.

Europäische Metropolregion Mitteldeutschland: Als Leiter der AG „Demografie und Ausbildung“ und Mitglied des Aufsichtsrates hat Herr Oberbürgermeister Kuras die Durchführung eines Demografie-Kongresses in Dessau-Roßlau im November 2016 angeregt, der Mitteldeutschland als Raum, also Sachsen, Sachsen-Anhalt und Teile Thüringens, abbildet und die Demografie-Thematik vor dem Hintergrund der Asylproblematik behandeln soll. Das fand im Aufsichtsrat Zustimmung. Erhofft wird das Zusammentragen neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse zu diesem Thema

und Rückschlüsse für das Handeln vor Ort. Bei der Bewältigung der Integration wird das wichtigste Thema die Arbeit sein. Diese Handlungsweise hätte den Vorteil, dass die Metropolregion das als Jahresthema aufnimmt und entsprechende finanzielle Mittel jedes Jahr eingeplant werden, so dass auf die Stadt Dessau-Roßlau wenig bis gar keine Kosten zukommen.

Zur **EXPO-REAL** in München wird auch in diesem Jahr wieder ein Gemeinschaftsstand vorbereitet, wenn die Konditionen das zulassen. Die Landeshauptstadt Magdeburg hat sich bereits für einen Standort angemeldet, obwohl sie vor einiger Zeit wegen der geografischen Lage aus der Metropolregion ausgetreten sind.

Sport: Am 30. und 31. Januar öffnete die Anhalt Arena ihre Türen für das Internationale Hallenfußballturnier um den **„Allianz-Cup 2016“**, dem größten U 11-Fußballturnier deutschlandweit. Die Veranstaltung fand mit moralischer Unterstützung des WM-Torschützen Mario Götze statt, der an dem Turnier vor Jahren selbst einmal teilnahm und Torschützenkönig wurde. Er hat eine Videobotschaft aus München übermittelt. Gewonnen hat die Mannschaft des FC Bayern München. 2.500 Zuschauer sorgten für eine gute Stimmung.

Kultur: Am 13. Februar 2016 wurde dem langjährigen Schauspieler am Anhaltischen Theater Dessau, **Herrn Karl Thiele**, in Anerkennung seines beeindruckenden Bühnenschaffens in den zurückliegenden 42 Jahren die Stadtplakette Dessau-Roßlau verliehen. Seine Überraschung auf der Bühne war perfekt. Noch Tage später hat er sich mit einem Offenen Brief bedankt, der auf unserer Internetseite veröffentlicht wurde. Im Theater wurde wohlwollend aufgenommen, dass der Haupt- und Personalausschuss das Wirken der Theaterschaffenden nicht aus den Augen verloren hat.

Die Stelle des **Generalmusikdirektors** wurde neu besetzt mit Herrn Markus Frank, der in Schwäbisch Hall geboren wurde und Orchester in Sondershausen und Nordhausen geleitet hat. Er war bereits von 2003 bis 2008 Erster Kapellmeister und stellvertretender Generalmusikdirektor am Anhaltischen Theater Dessau. Herr Frank wird sich in einer Sitzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater vorstellen.

Am 26. Februar 2016 wurde das **Kurt-Weill-Fest** eröffnet. Noch bis zum 13. März 2016 gibt es eine Vielzahl von Veranstaltungen nicht nur in Dessau-Roßlau, sondern in der ganzen Region. Erstmals ist das Instandhaltungswerk der Deutschen Bahn AG als ein ungewöhnlicher Aufführungsort mit dabei. Alle Stadträte sind zum Besuch des Festivals herzlich eingeladen. Schon jetzt gilt der Dank allen Beteiligten, Unterstützern und Sponsoren, der Kurt-Weill-Fest Dessau GmbH, dem Intendanten Michael Kaufmann und natürlich dem Publikum, das mit seinem Interesse zum hohen Stellenwert des Festivals ebenfalls entscheidend beiträgt.

Dem Förderverein Meisterhäuser verdanken wir im Rahmen des Kurt-Weill-Festes die Exposition **„Bilder einer Ausstellung“**. Anlass bot der 150. Geburtstag von Wassily Kandinsky sowie das 10-jährige Bestehen des Fördervereines. Die Stiftung Meisterhäuser hat das Ausstellungsprojekt finanziell unterstützt und die Stiftung Bauhaus hat die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Ebenfalls im Kontext des 24. Kurt-Weill-Festes wurde am 28. Februar 2016 im Thea-

ter der in den USA lehrenden deutschen Philosophin Prof. Dr. Ursula Goldenbaum der **Moses Mendelssohn Preis 2016** verliehen. Die mittlerweile dritte Preisträgerin brachte ihren Stolz darüber zum Ausdruck, dass die Stadt Dessau-Roßlau überhaupt einen solchen Preis verleiht, der zunehmend überregional auch wahrgenommen wird.

Zur weiteren Vorbereitung des **Bauhausjubiläums 2019** wurde die Direktorin der Stiftung Bauhaus, Frau Dr. Claudia Perren, darum gebeten, gemeinsam mit der Stadtverwaltung die Ziele aus dem Masterplan Bauhausstadt, der aus dem Jahr 2012 stammt, auf den Prüfstand zu stellen und neu zu verabreden. Hierzu erfolgten mit dem Kulturamt zahlreiche Gespräche. Das wurde auch im Kuratorium der Stiftung Bauhaus erörtert. Frau Dr. Perren ist damit einverstanden, dass insbesondere die Ziele neu bewertet werden. In der Stadtverwaltung wurde zu einer Klausurtagung zu diesem Thema eingeladen, um auch die Stadtverwaltung zu einer einheitlichen Sichtweise zu führen.

Herr Oberbürgermeister Kuras beabsichtigt, in der nächsten Sitzung des Stadtrates eine ausführliche Berichterstattung, gemeinsam mit Frau Dr. Perren, vorzunehmen, wie der Masterplan Bauhausstadt gemeinsam vorangetrieben werden kann. Deshalb wurde Frau Dr. Perren zur Sitzung des Stadtrates am 13.04.2016 eingeladen.

Anhaltische Gemäldegalerie Dessau: Die Bundesregierung stellt erneut Mittel zur Förderung von Investitionen in nationale Bauten des Städtebaus bereit. Die Städte wurden zum Einbringen von Projektvorschlägen aufgefordert. Die Verwaltung erarbeitet deshalb gezielt einen Wettbewerbsbeitrag für die Fortführung der Maßnahme im Schloss Georgium.

Die Vorbereitungen für eine Sonderausstellung zum **Reformationsjubiläum 2017** wurden wieder aufgenommen. Sie bilden zugleich den Dessauer Beitrag zum „Kirchentag auf dem Weg“. In den letzten Haushaltsberatungen wurde intensiv über das Thema gesprochen. Wenn es bei den finanziellen Aussagen des Landes bleibt, wird es eine Ausstellung mit dem Titel „Schatzkammer der Reformation – Das UNESCO-Dokumentenerbe im Spiegel der Büchersammlung des Fürsten Georg des III. von Anhalt“ geben.

Architekturpreis Meisterhäuser: Seit Anfang Februar liegt der Antrag zur Übernahme der **Laubenganghäuser in das UNESCO-Welterbe** (als Teil der Welterbestätte Bauhaus) beim UNESCO-Welterbezentrum in Paris vor. Dies ist gleichzeitig ein weiterer Schritt zur Umsetzung des Masterplans Bauhausstadt. Die Dessauer Wohnungsgenossenschaft hat dazu einen maßgeblichen Beitrag geliefert.

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab den in der Sitzung des Stadtrates am 27.01.2016 gefassten Beschluss bekannt:

Grundstücksangelegenheit - Zustimmung zur Übernahme des Erbbaurechts für das Objekt AC Biogasanlage Polysiusstraße durch einen anderen Erbbaurechtsnehmer

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:30 Uhr

Herr Swen Behrendt, wohnhaft Pappelgrund 30 in Dessau-Roßlau, verwies auf die Stadtratssitzung am 27.01.2016, in der er das Fehlen seiner Antworten (Veröffentlichung der Antworten in der Einwohnerfragestunde) reklamierte. Auf den ungehaltenen Hinweis des Stadtratsvorsitzenden, dass alles beantwortet ist und zukünftig die Antworten per Einschreiben erfolgen, stellt er nunmehr verwundert fest, dass er erst am 09.02.2016 die Antworten erhielt, die er schon lange haben sollte. Auf seine Anfrage zu den Geschäftsordnungsverstößen, die mit der Nichtbeantwortung seiner Fragen einhergehen, wurde ausgeführt, dass alles ordentlich beantwortet wurde, was nachweislich nicht richtig war. Herr Oberbürgermeister Kuras hatte ausgeführt, fristgerecht auf seine Fragen geantwortet zu haben. Er, Herr Behrendt, hat zwar mit Poststempel vom 26.01.2016 eine Antwort erhalten, jedoch ist das Schreiben mit Datum vom 18.01.2016, was fraglich ist, denn seiner Meinung nach wurde damit die Frist der Beantwortung und damit die Geschäftsordnung eingehalten.

Bezüglich der Videoleinwand in der Anhalt-Arena gab der Oberbürgermeister in seiner Antwort an, dass eine öffentliche Beschlussfassung in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 13.01.2016 erfolgte. Dieser Beschluss wurde aber weder in der Tagesordnung noch in der Niederschrift erwähnt. Ein solcher Beschluss ist in der Sitzung, an der er teilgenommen hatte, nicht gefasst worden.

Herr Behrendt stellte die Fragen, wieso die Bürger systematisch belogen werden, wie konnte ein Beschluss gefasst werden, obwohl keine entsprechende Beschlussvorlage auf der Tagesordnung stand und wie konkret soll gegen die Geschäftsordnungsverstöße vorgegangen und diese abgestellt werden.

Er konnte dem ersten Teil der Ausführungen von Herrn Behrendt entnehmen, dass er zwar damit nicht zufrieden ist, aber alle Antworten erhalten hat, stellte **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates,** fest.

Da es schwierig ist, hier auf einzelne Termine einzugehen und er sich auch nicht sicher ist, ob die Behandlung der angesprochenen Vorlage im öffentlichen oder nichtöffentlichen Teil erfolgte, bat **Herr Oberbürgermeister Kuras** Herrn Behrendt darum, dass von ihm Vorgetragene schriftlich einzureichen bzw. eine Mitschrift der Anfragen zu bekommen.

Den Oberbürgermeister in seinen Aussagen bestärkend, stellte der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, fest, dass aus der Vielzahl der aufgezählten Fakten nur aus dem Protokoll entnommen werden kann, was Herr Behrendt beantwortet haben möchte. Jedoch sei er der Ansicht, dass alles beantwortet wurde. Ansonsten sei es hilfreich, wenn Herr Behrendt im Vorfeld seine Anfragen schriftlich einreichen würde, denn diese Verfahrensweise bietet die Geschäftsordnung.

Herr Stefan Koschinski, stellte sich als Wassermann und wichtige Symbolfigur der Schifferstadt Roßlau vor. Er arbeitet mit Vereinen und Bildungseinrichtungen der Re-

gion zusammen und kommt häufig mit Verantwortungsträgern der Wirtschaft und Politik ins Gespräch. Besonders liegen ihm die Belange seines Heimatortes Roßlau sowie seiner Menschen am Herzen. Auf die Touristinformation Roßlau eingehend, die im modernen und viel beachteten Kulturkaufhaus untergebracht ist, verwies er darauf, dass diese für den Standort Roßlau ebenso wichtig ist, wie für den Stadtteil Dessau. Über das normale Leistungsspektrum einer Touristinformation hinaus, bietet die Touristinformation Roßlau zudem Karten für besondere Veranstaltungen und regionale Künstler, sowie Geschenke, Bücher und Souvenirs an, die in Dessau aus unterschiedlichen Gründen nicht erhältlich sind. Zudem bewirbt und unterstützt die Touristinformation Roßlau sehr erfolgreich Veranstaltungen im Stadtteil Dessau. Die Gäste der Stadt, die Bürger selbst, aber auch vor allem ältere Menschen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität, brauchen die Touristinformation vor Ort in Roßlau, um am kulturellen Leben teilhaben zu können. Sie brauchen diese Touristinformation mit zuverlässigen, nicht beliebig variierenden Öffnungszeiten, die zudem noch unzumutbar kurzfristig angekündigt werden.

Der Ortschaftsrat im Stadtteil Roßlau hat auf Nachfrage mitgeteilt, dass aufgrund von Personalmangel im Stadtteil Dessau, die Touristinformation in Roßlau nur noch an zwei Tagen, statt bisher an vier Tagen, geöffnet haben kann und das seit Mitte Januar 2016.

Herr Koschinski stellte folgende Fragen:

- Warum wird die einzige Mitarbeiterin im Stadtteil Roßlau immer wieder abgezogen und die Roßlauer Touristinformation somit spontan geschlossen,
- warum werden nicht einmal mehr die Sonderöffnungszeiten der Touristinformation Roßlau eingehalten,
- ab wann sind die Sonderöffnungszeiten der Touristinformation Roßlau jetzt verbindlich und störungsfrei abgesichert,
- ab wann ist die Touristinformation Roßlau gemäß der normalen Öffnungszeiten wieder regelmäßig besetzt.

Herr Oberbürgermeister Kuras erwiderte, dass in der Dessauer Touristinformation eine nicht absehbare Sondersituation entstanden ist. So sollte der neuen Geschäftsführung der Stadtmarketinggesellschaft die Gelegenheit gegeben werden, auf die Stellenbesetzungen Einfluss nehmen zu können, weil es insbesondere 2 Bedienstete gegeben hat, die auf eigenen Wunsch hin in andere Bereiche versetzt worden sind. Die Verzögerung der Besetzung der Geschäftsführung der Stadtmarketinggesellschaft war nicht absehbar. Des Weiteren haben schwere Erkrankungen zusätzlich zu Ausfällen in der Touristinformation geführt, die ebenfalls nicht vorhersehbar waren. Verschärft wird die Situation durch das Kurt-Weill-Fest im Stadtteil Dessau. Seine Wahrnehmung ist, dass sich die Touristen überwiegend im Stadtteil Dessau aufhalten und eher nicht im Stadtteil Roßlau, weshalb man sich gezwungen sah, diese Maßnahme zu ergreifen. Die angespannte Situation in der Touristinformation ist ihm aber durchaus bewusst. Im Amt für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing wurden Umsetzungen vorgenommen, um diese schwierige Situation auszugleichen. Die Einschätzung, dass die Kollegin immer wieder aus Roßlau abgezogen wurde, könne er nicht teilen, da durch die Mitarbeiter in der Bücherei und im Bürgerbüro in Roßlau diese Zeit überbrückt werden kann. Zum Stand könne er sagen, dass die Stellen bereits seit einiger Zeit ausgeschrieben sind und demnächst eine Besetzung

vorgenommen wird, so dass dann in absehbarer Zeit dieser Zustand wieder beendet und die Kollegin nach Roßlau zurückkehren kann.

Herr Koschinski verwies darauf, dass seine Fragen nicht wirklich beantwortet wurden. Er habe gerade die Information erhalten, dass nicht jeder diese Touristikartikel in Roßlau verkaufen darf. Wenn hier die Vision einer Bauhausstadt entwickelt werden soll, mit dem Wissen, dass ein Kurt-Weill-Fest ansteht, aber die versetzten Mitarbeiter nicht wieder an die gebrauchten Stellen zurückversetzt werden, stelle sich die Frage, ob das Motto für die Zukunft nicht heißen sollte: „Bauhausstadt Dessau – wegen Krankheit geschlossen."

Herr Dirk Spielberg, Künstler aus Dessau-Roßlau, ging ebenfalls auf das Problem der Touristinformation in Roßlau ein und verwies auf das jährlich stattfindende „Silke und Dirk Spielberg-Festival" zum Heimat- und Schifferfest in Roßlau, wofür die Touristinformation in Roßlau die Vorverkaufsstelle ist und im Vorjahr die Hälfte der Karten dort verkauft wurden. Der Vorverkauf müsse dort gesichert werden, weshalb eine Besetzung der Touristinformation in Dessau dringend sei.

Da Herr Spielberg seine Adresse trotz Aufforderung nicht genannt hat, hätte er ihm nicht das Wort erteilen müssen, erklärte **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates.**

Es könne nicht schwer sein, eine Möglichkeit für den Verkauf der Eintrittskarten für die Veranstaltung von Herrn Spielberg zu finden, bemerkte **Herr Oberbürgermeister Kuras.** Der Verkauf könne bspw. kurzfristig an anderen Stellen in Roßlau, oder hier in Dessau erfolgen. Es werde eine Lösung geben.

Frau Gerlinde Lechler, Gropiusallee 3 (bei Beyer) in Dessau-Roßlau, bezog sich auf erfolgte Baumfällungen an verschiedenen Orten der Stadt. Da sicher auch für den Neubau des Bauhausmuseums Bäume gefällt werden, stellte sie die Frage, ob die Möglichkeit des Umsetzens dieser Bäume schon einmal in die Maßnahmen einbezogen wurde.

Nachdem **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates,** auf die bestehenden gesetzlichen Reglungen verwies, erklärte **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt,** dass momentan keine Bäume gefällt werden, da ab dem 1. März die Sperrzeit beginnt. Insofern sei es nicht verwunderlich, dass vorher die großen Baumaßnahmen vorbereitet wurden. Bezüglich des Bauhausmuseums können erst im Winter wieder Baumfällungen erfolgen. Es werden aber bei jeder Maßnahme entsprechende Ausgleiche geschaffen, was in den jeweiligen Planungen nachgelesen werden kann. Als gelernte Baumschulerin könne sie sagen, dass durchaus auch große Bäume umpflanzbar sind, aber nur, wenn sie bereits mehrfach verpflanzt worden sind. Ansonsten breiten sich starke Wurzeln aus und wenn diese abgehackt werden, ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Baum eingeht sehr hoch. Diese Variante ist auch ausgesprochen teuer.

Des Weiteren ging **Frau Lechler** auf den Abriss von Wohnungen durch die DWG ein und verwies auf das Problem der Wohnungen für Senioren und andere Personen, die Barrierefreiheit brauchen. Diesbezüglich habe sie vom Oberbürgermeister, Herrn Kuras, noch keine Antwort auf ihre Fragen, wie viele Wohnungen es für Rollstuhlfahrer in Dessau-Roßlau gibt, wie viele Wohnungen gebraucht werden und wie die

Prognose ist, erhalten. Die Wohnungsgenossenschaft hat ihr mitgeteilt, dass sie barrierefrei bauen, aber keine speziellen Rollstuhlfahrerwohnungen haben. Die DWG hat ihr eine Absage für ein diesbezügliches Gespräch erteilt. Sie stellte die Frage, ob bei Abrissmaßnahmen der Wohnungstyp berücksichtigt wird, da es unterschiedliche Typen, wie bspw. WBS 70 und P2 gibt, wo der Einbau von Fahrstühlen besser funktioniert als in anderen.

An den Oberbürgermeister gerichtet, merkte sie weiterhin an, dass es nicht nur Sache des Vermieters einer Wohnung oder eines Hauses sein kann, wie die Wohnungen ausgebaut werden. Die Stadt müsse auch ein Interesse daran haben, was aus den Wohnungen und den Wohngebieten wird. Sie fragte, wie der Oberbürgermeister die Qualität für die Bürger in den Wohngebieten sichert, wo Kaufhallen, Apotheken usw. abgerissen werden, wie z. B. am Zoberberg/Ellerbreite.

Abschließend dankte sie dem Tiefbauamt für die auf ihre Fragen erteilten Antworten sowie für die Durchführung der Maßnahmen in der Gropiusallee und der Bahnhofstraße und bat um Mitteilung, welche Kosten für einen solchen Übergang entstehen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, sagte eine schriftliche Beantwortung durch das Fachamt zu.

Herr Hubert Pfennigsdorf, Mühlwiesenstraße 8 in Roßlau, bezog sich auf die Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau. Im § 1 Abs. 3 sind die Ortschaften aufgeführt, jedoch ohne Roßlau, was richtig ist, denn ein Stadtteil eines Oberzentrums könne nicht plötzlich eine Ortschaft werden. Jedoch sei nicht nachvollziehbar, dass im § 18 die Ortschaft Roßlau bei der Aufzählung der Ortschaften benannt ist. So wohnt er in Dessau-Roßlau, im Stadtteil Roßlau und auch in der Ortschaft Dessau, was nicht sein könne.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** sagte eine schriftliche Beantwortung seitens der Verwaltung zu.

Weiterhin ging **Herr Pfennigsdorf** auf die Neubildung der Stadt Dessau-Roßlau am 01.07.2007 auf der Grundlage des am 06.10.2005 durch die Landesregierung erarbeiteten Gesetzes zur Neubildung des Oberzentrums Dessau-Roßlau ein und legte dar, dass diese Neubildung aufgrund der Zwangsverordnung der Landesregierung stattfand und nicht das Produkt eines Bürgerentscheides war. Gemäß des § 17 der Gemeindeordnung und des § 13 des Kommunalneugliederungsgesetztes hätte vor der Neubildung eine Anhörung der Bürger stattfinden müssen, was nicht erfolgt ist. Es habe nur eine Abstimmung zum Fusionsvertrag gegeben, was mit dem Kommunalneugliederungsgesetz nichts zu tun habe. Da den Bürgern nicht erklärt wurde, was in dem Kommunalneugliederungsgesetz steht, bat er um Aussagen, weshalb die Bürger nicht informiert und angehört wurden.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm, bemerkte an Herrn Pfennigsdorf gewandt, dass er Unrecht mit seiner Behauptung hat. Er werde eine schriftliche Beantwortung seiner Fragen erhalten.

Herr Oberbürgermeister Kuras führte aus, dass in der Landesverfassung nachgelesen werden kann, wie der Gesetzgeber zu handeln hat. Gebietsänderungen kön-

nen durch Gebietsänderungsverträge oder per Gesetz erfolgen. Die beiden Städte Dessau und Roßlau waren bezüglich eines Fusionsvertrages, den man auch Gebietsänderungsvertrag hätte nennen können, in intensiven Verhandlungen. Es gab Entwürfe, die aber nicht in Kraft getreten sind. Damit hat Herr Pfennigsdorf Recht. Diese sind nicht rechtswirksam geworden, weil der Gesetzgeber dann die Initiative ergriffen hat und im Rahmen der gesamten Kreisgebietsreform des Landes Sachsen-Anhalt geregelt hat, dass Dessau und Roßlau fusioniert werden sollen. Herr Pfennigsdorf hat Recht, wenn er sagt, dass vorher eine Anhörung erfolgen muss. Er, Herr Oberbürgermeister Kuras, geht davon aus, dass eine Anhörung stattgefunden hat, jedoch dürfe das Wort Anhörung nicht mit einem Referendum verwechselt werden. Wenn Herr Pfennigsdorf der Meinung ist, dass das Verfahren nicht richtig erfolgt ist, müsse er eine Verfassungsklage vor dem Landesverfassungsgericht einlegen, da die Gremien der Stadt, da es ein Handeln des Gesetzgebers war, nicht zuständig sind. Der nicht in Kraft getretene Fusionsvertrag stellt eine moralische Grundlage für die Fusion dar und alle Beteiligten haben versucht, den Intensionen dieses Vertrages gerecht zu werden.

Er hat sich informiert und an den Petitionsausschuss des Landtages geschrieben, fuhr **Herr Pfennigsdorf** fort. Da die Redezeit bereits überschritten ist, könne sich Herr Pfennigsdorf mit einem Schreiben an ihn wenden, um in einen Informationsaustausch treten zu können, bemerkte **Herr Oberbürgermeister Kuras.**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrats, verwies darauf, dass nach der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung die Einwohnerfragestunde auf 30 Minuten begrenzt und diese Zeit lange abgelaufen ist. Deshalb wurde Herrn Pfennigsdorf die Redemöglichkeit durch Wegnahme des Mikrophons genommen. Sein Anliegen wurde verstanden, jedoch könne er sich noch einmal schriftlich an die Verwaltung wenden, da sein Anliegen in der Sitzung nicht mehr ausdiskutiert werden kann.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, merkte an, dass der Flur des Bürgeramtes am gestrigen Tag sehr voll war und dadurch der Weg zu dem Raum, in dem sich die Wahlkabinen für die Briefwahl befinden, nicht erkennbar war. Die Verwaltung sollte den Weg zum Raum ausschildern sowie an der Tür des Raumes 248 ein Schild anbringen, dass sich dort die Wahlkabinen befinden, da dieser von außen wie ein normales Büro aussieht.

Des Weiteren bezog sie sich auf die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen zum Haushalt, wo mitgeteilt wurde, dass in den Fachausschüssen keine Anträge gestellt wurden. Im Protokoll des Jugendhilfeausschusses ist jedoch erkennbar, dass der Antrag der CDU-Fraktion zur Unterstützung des Vereins „Helfende Hände“ in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses beschlossen wurde, wodurch eine Information in der Haushaltsberatung hätte erfolgen müssen. Es erfolgte auch eine umfangreiche Vorstellung des Projektes „Helfende Hände“ in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erwiderte, dass sie über diesen Beschluss informiert hatte und der Antrag an alle Fraktionen verteilt worden ist. In der Haushaltsberatung wurde der Antrag ebenfalls beschlossen.

Frau Ehlert stellte des Weiteren fest, dass es in der Beratung des Jugendhilfeausschusses eine Beschlussvorlage der Verwaltung zur Neuregelung der Geschwisterermäßigung gab, die jedoch abgelehnt wurde. Allerdings gab es keine Information darüber, was angedacht war. Die Kinderermäßigung und die Anhebung der Unterstützung der Kinder sind jetzt ein Prüfauftrag, dennoch hätte, wenn es schon eine Vorlage gibt, der Entwurf mit ausgereicht werden können.

Frau Nußbeck stellte richtig, dass es keine Vorlage gibt und der Konsolidierungsvorschlag abgelehnt wurde.

Bezüglich der Presseberichte, dass in den Haushaltsberatungen „Sonderwünsche“ geäußert wurden, merkte **Frau Ehlert** an, dass es sich für sie um Anträge zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger handelt. Es wurden 30 Anträge mit Prüfaufträgen eingebracht, wovon 10 im Haushalt enthalten sind und 9 angenommen wurden. Die Ergebnisse sind zufriedenstellend, dennoch ist es verwunderlich, dass das Projekt „Helfende Hände“ noch einmal ausführlich besprochen werden musste, obwohl es im Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde.

Auf die Ausführungen von Frau Ehlert eingehend verwies **Herr Adamek, CDU-Fraktion**, darauf, dass sowohl Frau Nußbeck als auch er selbst vollumfänglich im Haupt- und Personalausschuss über die ausführliche Behandlung im Jugendhilfeausschuss informiert haben. Eine Mitarbeiterin des Vereins war ebenfalls im Jugendhilfeausschuss vor Ort und hatte detaillierte Informationen gegeben. Von Frau Nußbeck wurde gesagt, dass diese Informationen vorliegen und zur Verfügung gestellt werden.

Frau Müller, SPD-Fraktion, bemängelte die Qualität der gelben Müllsäcke, die im Ortsteil Törten und in der Vogelsiedlung verteilt werden. Des Weiteren merkte sie an, dass in der Bäckerei Meiling keine gelben Säcke mehr verteilt werden und die vorwiegend älteren Bürger nun bis in die Stadt müssen, um sich die Müllsäcke zu holen. Sie bat darum, dass die Bäckerei wieder beliefert wird. Es sollte außerdem über die Einführung von gelben Tonnen nachgedacht oder eine bessere Qualität der Müllsäcke herbeigeführt werden.

Auf seine Anfrage aus der vergangenen Stadtratssitzung zur Förderung der Dessau Open eingehend, erklärte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**, dass er diese Frage ebenfalls im Landtag gestellt hatte. Der Kultusminister Herr Dorgerloh hatte bestätigt, dass eine Förderung durch das Land versagt wurde. Es wurde jedoch so dargestellt, dass die Stadt einen Alternativantrag gestellt hat, dass das Land entweder die Dessau Open oder die Triennale der Moderne fördert, was er jedoch nicht wirklich glaubt. Er fragte nach Alternativen für eine Förderung, wenn diese seitens des Landes nicht zustande kommt.

Herr Steffen Kuras, Leiter des Kulturamtes, entgegnete, dass zwei Anträge gestellt wurden, in der Hoffnung, dass beide gefördert werden. In Moment versucht die Stadt mit den Dessau Open umzugehen. Es handelt sich dabei um ein komplexes Thema, da nicht nur Geld genommen wird, um Kultur einzukaufen, sondern mit den Partnern mehr daraus gemacht werden soll. Mit den Partnern, u. a. die Stiftung Bauhaus, die Hochschule Anhalt, der VorOrt-Verein, der Beatclub aber auch Schulen,

werden Gespräche geführt, wie mit der Situation umgegangen wird und ob ein tragfähiges Konzept mit geringeren Mitteln erstellt werden kann. Eine abschließende Meinungsbildung gibt es dazu nicht. In der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport im April werde man zu einer Antwort kommen.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, bezog sich auf den Beschluss des Stadtrates vom 29.04.2015 bzgl. der Erarbeitung einer neuen Parkordnung. Ein besonderes Augenmerk legte diese Vorlage auf die Möglichkeit des Bezahlens per Handy bzw. Smartphone. Er bat um einen zeitnahen Bericht zum Arbeitsstand, welcher auch schriftlich erfolgen könne.

Frau Nußbeck erklärte, dass aktiv an der Parkordnung gearbeitet wird. Aufgrund einer Prüfung durch das Finanzamt hinsichtlich der Parkgebühren ist jedoch ein Rückstand entstanden, denn es musste vorher die Frage geklärt werden, was ein Betrieb gewerblicher Art beim Parken ist. In diesen Fällen gibt es bereits Rechtsprechungen, dass nicht alles Parken hoheitlich ist, sondern dass es dabei auch Unterschiede gibt. Das musste vorher rechtssicher aufgeklärt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf seine Nachfrage zur Schülerbeförderung in der vergangenen Stadtratssitzung, wozu es jetzt Ergebnisse gibt. Er bedankte sich in diesem Zusammenhang bei Frau Jung vom Tiefbauamt und Frau Müller vom Busunternehmen Müller und verwies auf folgende durchgeführte Maßnahmen:

- Durchführung einer Elternversammlung am Philanthropinum zum Thema Schülerbeförderung durch das Amt für Bildung und Schulentwicklung unter Einbeziehung des ÖPNV-Aufgabenträgers,
- Durchführung von Kontrollen durch den Aufgabenträger des ÖPNV,
- Überprüfung der Fahrgeschwindigkeit anhand der Fahrtenschreiber durch das Verkehrsunternehmen und Information an den ÖPNV-Aufgabenträger,
- Schulung des Fahrpersonals bzgl. einer angemessenen Fahrtweise (besondere Bedeutung bei einem hohen Stehplatzanteil im Bus),
- transparente Fahrgastinformationen durch das Einstellen der Schülerfahrplänen und Hinweisen zur Schülerbeförderung im Internet (nutzbar wäre die Website der Stadt, des Verkehrsunternehmens und der Schule)

Hinsichtlich der Haushaltsdiskussion merkte er an, dass der Stadtrat den Haushalt für das Jahr 2016 in beispielloser Weise begleitet hat und eine geeignete Form gefunden wurde. An diesem Prozess waren alle Fraktionen konstruktiv beteiligt. Einige spezielle Beiträge seiner Fraktion sollten genannt werden, da diese bisher nicht öffentlich sind. So ist die intensive Arbeit am Projekt 100 Jahre Bauhaus zu erwähnen. Seitens des Oberbürgermeisters wurde die Information weitergeleitet, dass es einen Arbeitskreis für das Jahr 2019 geben wird und dieser Prozess in abgestimmter Form mit der Stiftung Bauhaus stattfindet. Eine verantwortungsvollere Position des Landes sei wünschenswert. Ebenfalls wurde über die Verbesserung der Ausstattung der Ortschaftsräte diskutiert.

Herr Ehm, Stadtratsvorsitzender, wies Herrn Schönemann auf das Ende der Redezeit hin.

Herr Schönemann führte fort, dass es laut Auskunft des Fachdezernates gelingen wird, im Jahr 2016 ein Personalentwicklungskonzept auf den Weg zu bringen. Gleiches gilt für das Kulturentwicklungskonzept. Für ihr Entgegenkommen sprach er Herrn Dr. Reck und Frau Nußbeck seinen Dank aus.

Herr Ehm, Stadtratsvorsitzender, wies Herrn Schönemann erneut auf die Überschreitung der Redezeit hin, schaltete das Mikrofon am Rednerpult aus und bat Herrn Schönemann Platz zu nehmen.

Herr Schönemann intervenierte, dass Herr Ehm die Geschäftsordnung nach Belieben interpretiert und unterbreitete dem Stadtrat das Angebot, dass die Fraktion Die Linke das Wandbild im Ratssaal auf eigene Kosten freilegt, mit dem Ziel, die Umgestaltung des Ratssaales zu beschleunigen. Er bedankte sich abschließend bei Herrn Koschinski, dem Wassermann aus Roßlau, für seine Botschaft an die Bauhausstadt, die jedoch einen ernstzunehmenden Hintergrund hatte.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, ging auf die renovierte Brücke am Diepold ein. Die Wassersteine in den Seitenbereichen wurden augenscheinlich nicht fest verlegt, was wegen der Hochwassergefahr nachvollziehbar ist. Allerdings wird genau diese Fläche von Bürgern bereits als Parkplatz genutzt. Die Steine wurden bereits aufgeworfen und die Grünfläche wird benutzt. Er bat darum, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, berichtete von einem Anruf einer 77-jährigen Rentnerin aus Dessau-Roßlau, die im Bürgeramt ihren Personalausweis wechseln wollte. Dabei wurde von der Mitarbeiterin festgestellt, dass der Personalausweis seit Monaten abgelaufen ist. Unabhängig von den Gebühren für den Personalausweis und den Kosten für das Passbild mussten obendrein noch 35 € Strafe gezahlt werden, was vor dem Hintergrund der Rentenbezüge eine besondere Härte für die Dame darstellt. Von der zuständigen Mitarbeiterin hätte er mehr Sensibilität erwartet, da immer von Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit gesprochen wird. Er bat darum, das Thema aufzunehmen und in einer Dienstberatung auszuwerten.

Frau Nußbeck erwiderte, dass es in dieser Angelegenheit keinen Ermessensspielraum gibt. Durch das Ordnungswidrigkeitengesetz kann der Mitarbeiter nicht eigenmächtig Erlassgründe finden, auch wenn es im Einzelfall eine Härte darstellt.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, ging auf die Anregung von Herrn Puttkammer in der letzten Stadtratssitzung ein, dass der Tagesordnungspunkt öffentliche Anfragen und Informationen, der sehr viel Zeit in Anspruch nimmt und der Selbstdarstellung dient, an das Ende des öffentlichen Teils gelegt werden sollte, wenn sich die Stadträte nicht selbst disziplinieren. Er fragte, ob über diese Anregung bereits im Haupt- und Personalausschuss beraten wurde. Wenn keine diesbezügliche Änderung erfolgt, sollte der Tagesordnungspunkt umbenannt werden in „Öffentliche Anfragen, Informationen und Selbstdarstellungen“.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, bezog sich auf die doppelte Anbringung von Verkehrszeichen in der Einmündung Wasserstadt /Friedensbrücke. An dieser Stelle befinden sich die Verkehrszeichen 206, 209 sowie 1000-32, welche um 90 Grad in Richtung des Gehweges gedreht wurden. Zwei Meter davor stehen ein Zusatzzei-

chen und noch einmal die Verkehrszeichen 206, 209 und 1000-32. Das wäre nicht aufgefallen, wenn nicht ein blauer Sack über die Verkehrszeichen hängen würde. Er fragte nach dem Grund dafür und merkte an, dass mit den Baunebenleistungen viel Geld verdient werden kann und dass es verschiede Leistungsverzeichnisse für Verkehrszeichen (Pauschale bzw. Kosten für Aufstellung, Abbau und Kosten pro Tag) gibt. Da die Baumaßnahme verlängert wurde, bat er um Einsichtnahme in das Leistungsverzeichnis und fragte, wie viele Kosten zusätzlich entstehen. Vor dem Hintergrund, dass die heutige Tagesordnung nicht sehr lang ist, hätte er sich einen Sachstandsbericht zum Haushalt gewünscht, da in der Sitzung am 12.04.2016 der Haushalt beschlossen werden soll. Viele freie Träger sind bereits an ihn herangetreten und haben bemängelt, dass die Beschlussfassung des Haushalts solange dauert, der dann ab dem 1. Januar des Kalenderjahres gilt.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, verwies in diesen Zusammenhang auf die vergangenen Haushaltsausschusssitzungen im wöchentlichen Rhythmus. Sie sei davon ausgegangen, dass diese in den Fraktionen ausgewertet werden. Es ist beabsichtigt, den Haushalt am 13.04.2016 zu beschließen. Es wurden Änderungsanträge der Fraktionen eingebracht und abgestimmt. Die Änderungslisten werden momentan zusammengestellt und im Haushaltsausschuss am 30.03.2016 wird dieser Haushalt mit den Änderungslisten zur Beschlussfassung empfohlen. Bezüglich des Haushaltes ab 1. Januar merkte sie weiter an, dass sich die Stadt in der Haushaltskonsolidierung befindet, was bedeutet, dass schmerzhafte Maßnahmen vollzogen werden müssen, um den Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2019 darzustellen. Auch in diesem Haushalt gibt es eine schwierige Maßnahme hinsichtlich der Elternbeiträge/Ermäßigungen in den Kindereinrichtungen. Insofern ist es nicht unerheblich, wie das Ergebnis des Vorjahres aussieht, da dieses von den Konsolidierungslasten, wenn es positiv ausfällt, befreit. In den letzten Jahren ist das immer gelungen. Es ist richtig, dass der Haushalt vorher stehen sollte, jedoch würde dann nur noch über Haushaltskonsolidierung und unangenehmen Maßnahmen beraten werden. Durch die Ergebnisse der Vorjahre bleibt das erspart.

Bezüglich der Frage zur Beschilderung merkte **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, an, dass die Frage im Detail geprüft werden muss.

Herr Ehm verwies auf die zahlreichen Unfälle mit Fahrradfahrern an dieser Einmündung. Er vermutet, dass an der Einmündung die Straßenbeleuchtung fehlt. Auf der Brücke und in der Wasserstadt ist eine Straßenbeleuchtung vorhanden. Er bat darum, dass das Tiefbauamt diesen Hinweis aufnimmt und eine provisorische Beleuchtung installieren lässt.

Anschließend übergab **Herr Ehm** die Versammlungsleitung an Herrn Hoffmann. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Landtagswahl und überleitend zum nächsten Tagesordnungspunkt „Erklärung des Stadtrates – Beitritt zum Aufruf des Netzwerkes Gelebte Demokratie“ verlas er nachfolgenden Aufruf:

„Alle Wählerinnen und Wähler in Dessau-Roßlau, die nicht wissen, wen sie am 13. März wählen sollen, die sich heute aufregen, dass die Politiker sich jeden Tag (um die Lösungen der Probleme) öffentlich streiten, die heute nach einfachen und schnellen Lösungen fragen, erinnere ich an die am **24. April 1932** erfolgte Wahl zum **6. Landtag von Anhalt.** Die Zeiten damals waren im Gegensatz zu heute sicher nicht

einfach: Es gab eine sehr hohe Arbeitslosigkeit, über 6 Millionen Arbeitslose in ganz Deutschland und damit auch viel Sorgen, Not und Elend. Da gewann in Anhalt die „National Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei“, die NSDAP mehrheitlich die Landtagswahl. Vielleicht war es eine Protestwahl, weil die bis dahin etablierten Parteien keine schnelle Lösung der Probleme hatten und diese auch nicht versprachen. Ein reichliches halbes Jahr später, im Januar 1933 gewann Adolf Hitler dann mit seiner NSDAP in ganz Deutschland die Wahlen und wurde als Retter umjubelt und gefeiert. 12 Jahre dauerte der Jubel, dann lag ganz Deutschland, weite Teile Anhalts und auch die Residenzstadt Dessau in Schutt und Asche. Etwa 100 Millionen Tote auf der ganzen Welt waren die direkten Opfer. Darauf folgte dann noch die Vertreibung von fast 15 Millionen Deutschen aus ihren angestammten Heimatgebieten. Deutschland wurde für 45 Jahre in West und Ost geteilt. Das hatte wohl keiner der Protestwähler von 1932/33 so gewollt.

Also meine dringende Bitte, mein Aufruf, mein Rat an alle Unentschlossenen:

1. Gehen Sie wählen, sonst wählen die Anderen eine Regierung, die Sie vielleicht nicht wollen!
2. Wählen Sie eine der bekannten demokratischen Parteien, die fest auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen und Sachsen-Anhalt und Deutschland in den letzten Jahren gut regiert haben. Auch wenn es Gründe zur Unzufriedenheit gibt, es ging unserem Land Sachsen-Anhalt und ganz Deutschland noch nie so gut, wie heute. Warum wollen denn so viele Menschen aus vielen Krisengebieten der Erde ausgerechnet nach Deutschland? Die Sozialleistungen hierzulande gehören zu den weltweit besten. Es gibt ein Grundgesetz, das für alle Bürger gleichermaßen gilt. Es gibt einen Rechtsstaat mit gleichen Rechten und Pflichten für alle. Dennoch gilt: Freiheit heißt auch die Verantwortung jedes Einzelnen.
3. Im Jahr 2008 gab es in Sachsen-Anhalt schon einmal eine Protestwahl. Vielen Wählern ging die Wiedervereinigung zu langsam. Fast 13% wählten die „Deutsche Volks Union - DVU“. Diese bestand nicht einmal eine Wahlperiode und löste sich nach zahlreichen Skandalen selbst auf.
4. Denken Sie bitte daran: Für die komplizierten Gegenwartsfragen in der Welt, im Nahen Osten, in Afrika, in anderen Krisengebieten und daraus resultierend in Europa und besonders in Deutschland gibt es keine einfachen schwarz-weiß Lösungen. Man muss sich zwischen vielen Grautönen und Farb-Schattierungen zurechtfinden.
5. Vergessen Sie bitte die Geschichte nicht: Das beste schlechte Beispiel ist die Wahl vom 24. April 1932 in Anhalt-Dessau. Das Endergebnis war ungeheures Leid, ungeheure Zerstörung und ein Bruch in der Zivilisation: Dessau, die Wiege der Weltluftfahrt**,** hat u. a. das gesamte Erbe des genialen Erfinders Hugo Junkers verloren, obwohl dieser nachweislich keine Schuld am Krieg und seinen Folgen hatte. Es gibt hier seit mehr als 70 Jahren keine Flugzeugentwicklung und Produktion mehr. Das ist nur ein kleiner Teil der Folgen unter denen wir heute noch leiden.

   Die friedliche Revolution von 1989/90 gegen eine Diktatur ist nur gelungen, weil sie unter dem Motto stand „Keine Gewalt“ und alle sich daran gehalten haben.“

Er richtete auch an die Öffentlichkeit die Bitte, mit der Familie und dem persönlichen Umfeld zu sprechen, dass diese zur Wahl gehen und vernünftig wählen.

8 Beschlussfassungen

8.1 Erklärung des Stadtrates - Beitritt zum Aufruf des Netzwerkes Gelebte Demokratie
Vorlage: BV/049/2016/V-StR

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen des Stadtrates Dessau-Roßlau unterstützen den Aufruf des Netzwerkes Gelebte Demokratie - „Bunt statt Braun am 12. März 2016. Eine Menschenkette für Dessau-Roßlau 4.0“ und rufen alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dessau-Roßlau auf, sich an der Menschenkette sowie an den friedlichen und kulturellen Aktivitäten am demokratischen Protest zu beteiligen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass in unserer Stadt kein Platz für Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass und Gewalt ist.

Abstimmungsergebnis: 33:00:08

8.2 Maßnahmebeschluss zur Beschaffung eines Rüstwagens für die Berufsfeuerwehr Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/035/2016/II-37

Beschlussvorschlag:

Der Maßnahmebeschluss zur Beschaffung eines Rüstwagens für die Berufsfeuerwehr Dessau-Roßlau wird beschlossen. Die Beschaffung 2017 erfolgt über eine Verpflichtungsermächtigung 2016.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.3 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 101-G2 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet G2" der Stadt Dessau-Roßlau/frühzeitige Beteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie nach § 33 Abs. 3 BauGB
Vorlage: BV/020/2016/III-61

Beschlussvorschlag:

1. Der Vorentwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 101-G2 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet G2“ (Anlage 2) und die dazugehörende Begründung (Anlage 3) werden in der vorliegenden Fassung vom 13. Januar 2016 gebilligt.

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit soll in Form einer öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs des Bebauungsplans Nr. 101-G2 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet G2“ (Anlage 2) und der dazugehörenden Begründung (Anlage 3) durchgeführt werden.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belan-

ge sowie der Nachbargemeinden wird parallel zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt.

4. Zur Beurteilung der Zulässigkeit einer Tagespflegeinrichtung eines Pflegedienstes während der Planaufstellung ist gemäß § 33 Abs. 3 BauGB der betroffenen Öffentlichkeit und den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vor Erteilung der Genehmigung Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Nutzungskonzept (Anlage 5) in angemessener Frist zu geben.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

Herr Ehm, Stadtratsvorsitzender, informierte am Ende des öffentlichen Teils, dass die Arbeitsgruppe Ratssaal am 07.03.2016 tagt und die Einladung den Fraktionen schriftlich zugegangen ist. Um zu guten Arbeitsergebnissen zu kommen, bat er darum, dass jede Fraktion einen Vertreter in die Arbeitsgruppe entsendet.

Es wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 17:55 Uhr durch den **Stadtratsvorsitzenden Herrn Ehm** geschlossen.

Dessau-Roßlau, 15.04.16

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer